

## Service

Bundesarbeitsgericht: Tarifbeschäftigte Lehrkräfte zu schlecht bezahlt | Anrechnungsstunden für Grundschulen |

Einsatz von schwächeren Beschäftigten | Fortsetzung von „Startklar in die Zukunft“ zugesichert | Termine

## Die letzte Seite

Bildungsprotest-Tag am 23. September 2023 | Appell „Bildungswende jetzt!“

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Bezirksverband Hannover



# Geordnete Reformen oder chaotische Implosion?

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Hannover am 25. Mai 2023 war Mark Rackles als Gastredner eingeladen. Rackles, ehemaliger Staatssekretär für Bildung im Senat von Berlin von 2011 bis 2019, langjähriger Amtschef in der Kultusministerkonferenz, Mit-Initiator des „Bildungsrat von unten“ und Autor der gerade erschienenen Studie „Lehrkräftearbeitszeit in Deutschland“ hielt einen Vortrag zum Thema: „Veränderungsdruck und Handlungsempfehlungen für den Bildungsbereich“.

von Dr. Monika Brinker

Die Situation im Bildungssystem ist alarmierend: Überall im Land fehlen Lehrkräfte. Seit 20 Jahren übersteigt der Bedarf an Lehrkräften das Angebot um bis zu 40%. Die Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass bis 2030 mindestens 31.000 Lehrkräfte fehlen - andere Prognosen nennen ein Fehl von 85.000 oder gar 156.000 bis zum Jahr 2035 (Klemm, 2022 und Geis-Thöne, 2022). Und das Problem des Lehrkräftemangels wird voraussichtlich in den kommenden 20 Jahren bestehen bleiben.

Was sind die Gründe dafür? In den Jahren 2018 und 2019 lag der Bedarf an Lehrkräften bundesweit um 25% über den Ausbildungskapazitäten, 2020 waren es noch 20%. Zudem verlassen viele (angehende) Lehrkräfte während des Studiums, des Referendariats oder in den ersten Berufsjahren den Bildungsbereich. Die Ausbildungskapazitäten sind also deutlich zu gering, die Abbrecherquoten zu hoch. Rackles sieht große Defizite in der Struktur und der Organisation der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung und hält (weitere) Studienverlaufuntersuchungen für sinnvoll, um zu ermitteln, wie mehr Personen im System Schule gehalten werden können. Aus seiner Sicht fehlt es zudem an einer überregionalen Abstimmung der Bundesländer in dieser Frage. Im Gegenteil: Bayern lockt gerade Lehrkräfte mit Prämien aus anderen

# // Berliner Allee 18

Informationen aus dem Bezirk Hannover

Nr. 2 / 2023 - 6. Jahrgang

Bundesländern nach Bayern - moderne Wegelagerung ist das für Rackles. Noch ein paar Zahlen: Brandenburg deckt Rackles Angaben zufolge über Neueinstellungen derzeit nur 28% des Bedarfs selber - das ist ein Defizit von 72%! 50% der Einstellungen seien 7.000 Seiteneinsteiger - davon über 2.000 ohne Hochschulabschluss. Die Hälfte (!) des brandenburgischen Personalbestandes verlässt bis 2032 planmäßig das Schulsystem. Bundesweit sind mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung in Deutschland direkt mit dem deutschen Schulsystem verbunden: 11 Millionen Schüler\*innen mit ihren ca. 22 Millionen Erziehungsberechtigten und ca. eine Millionen Beschäftigte!

“ Im Jahr 2021 verließen etwa 47.500 Schüler\*innen unser Schulsystem ohne Hauptschulabschluss, was einem Anteil von 6,2 Prozent entspricht.

Die Folgen des Mangels auf die Schüler\*innen sind sichtbar: Laut der letzten Internationalen Grundschul-Lese-Unter-

suchung (IGLU) haben rund 25 % der Viertklässler\*innen Schwierigkeiten beim Lesen und erreichen nicht das erforderliche Mindestniveau im Textverständnis. Im Jahr 2021 verließen etwa 47.500 Schüler\*innen unser Schulsystem ohne Hauptschulabschluss, was einem Anteil von 6,2 Prozent entspricht. Insgesamt spricht Rackles im Hinblick auf das Bildungssystem von „Notbetrieb“ und „Bildungskrise“. Und die Dramatik ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen.

Anfang des Jahres 2023 veröffentlichte die ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) ihre „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“.

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1:

Rackles bewertet diese Empfehlungen insgesamt sehr kritisch, weil sie keinerlei Ursachen- oder Problemanalyse enthalten und die Problemlage nur relativiert wird. Die vorgeschlagenen Maßnahmen belasten fast ausschließlich die Lehrkräfte und es gab keine Einbindung von Expert\*innen aus dem Schulbetrieb. Komplett fehlen Aussagen zu Veränderungen hinsichtlich der Stundentafel und auch der universitären Ausbildungsstrukturen- insgesamt bezeichnet Rackles die Empfehlungen „Gefälligkeitsgutachten“ für die Kultusministerkonferenz- und zudem noch ohne jegliche empirische Daten. Der einzige positive Punkt in den SWK-Empfehlungen ist für ihn die Anerkennung, dass überhaupt ein Problem besteht.

Das Problem besteht also nicht darin, dass es an Erkenntnis fehlt, dass etwas im System nicht stimmt, sondern, wie Mark Rackles es treffend formuliert, dass „Macht und Erkenntnis manchmal auseinanderfallen“. Insgesamt sieht er das Bildungssystem vor dem Kipppunkt. Er fordert geordnete strukturelle Reformen und befürchtet ohne solche Schritte die chaotische Implosion des Bildungssystems.

Die Umsetzung von Reformen gestaltet sich schwierig, denn Rackles sieht keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, welchen Zweck Schule verfolgt. Als Folge davon ist eine Priorisierung von Maßnahmen schwer: Sollten beispielsweise Grundschulen Vorrang haben? Wäre es sinnvoll, z. B. Musik-, Kunst-, Sportunterricht zu kürzen, weil... Oder eben grade nicht? Wo werden also Schwerpunkte gelegt, wo nicht?

Bei politischen Akteuren sieht Rackles keinerlei Bereitschaft, Strategien zu einer Reform des Bildungssystems zu entwickeln. Und das als ehemaliger Amtschef in der Kultusministerkonferenz! Wie können aber aus seiner Sicht trotzdem Veränderungen erreicht werden?

Mark Rackles setzt zum einen auf die Erzeugung öffentlichen Drucks, um die Politik dazu zu zwingen, endlich aktiv zu werden. Dazu ist er viel unterwegs - auch innerhalb der GEW - und führt viele Gespräche. Und ruft dazu auf, „Ärger zu machen“- denn nur so gäbe es die Aufmerksamkeit der Politik.

Als Wissenschaftler sieht Rackles in einer Veränderung des Arbeitszeitmodells für Lehrkräfte einen entscheidenden Hebel

und hält das fast 150 Jahre alte Deputatsmodell (seit 1873) für nicht mehr zeitgemäß. Sein Vorschlag ist es, Tätigkeitscluster zu bilden und diese mit zeitlichen Richtwerten zu beziffern: Die Arbeit könnte sich dabei beispielsweise wie folgt verteilen: ca. 40% Unterricht, 35% unterrichtsnahe Tätigkeiten, 8% professionelle Kompetenz und 17% allgemeine Aufgaben. Für die Verteilung der Arbeitszeit will Rackles die Schulleitungen massiv stärken und zusätzlich an jeder Schule eine weitere Administrationsstelle (Verwaltungsmanager\*in) mit Personalverantwortung einrichten, um mit jeder Lehrkraft im Detail Tätigkeiten und Zeitbudgets zu vereinbaren. Im Unterschied zu dem sogenannten „Hamburger Modell“ sollen bei diesem neuen Zuweisungsmodell aber die realen Ist-Arbeitszeiten erfasst werden, damit in der Schule darauf flexibel reagiert werden kann. Da ein solches Modell „relativ unkompliziert realisierbar“ sei, empfiehlt Rackles Pilot-Versuche. Natürlich sei auch eine Einbindung von anderen Berufsgruppen in Schule sinnvoll, löse aber aus seiner Sicht das derzeitige Problem nicht in vollem Umfang. Dass die Arbeitszeitverordnung der Lehrkräfte endlich der Realität angepasst werden muss, ist auch in der GEW unstrittig- spätestens seit der Göttinger Arbeitszeitstudie von 2015/2016. Umfassende Entlastungen müssen her! Unsere BundesGEW-Vorsitzende Maike Finnern warnt aber: „Einfach nur die Verantwortung an die Einzelschule zu delegieren, ohne zusätzliche Ressourcen ins System Schule zu geben, das empfinden die Betroffenen nur als Verschiebung des Schwarzen Peters nach unten.“

Neben der Reform des Arbeitszeitmodells möchte Rackles Lehrpläne und Stundentafeln offensiv diskutieren und schlägt eine pauschale Kürzung von 10 Prozent vor, verteilt über alle Fächer. Ein Zusammenfassen von Fächern wie es auch die GEW-Niedersachsen vorschlägt, sei pädagogisch sicherlich sinnvoll, generiere aber keine zusätzlichen Stellen und habe somit keine Wirkung im Hinblick auf eine Bedarfs-senkung. Schließlich möchte Rackles den Druck auf strukturelle Veränderung ausrichten und nennt Schlagworte wie kooperativer Bildungsföderalismus, einen Grundkonsens Bildungspolitik neu herzustellen, Strukturprobleme bzgl. Lehrkräftebildung- beispielsweise in Form eines Staatsvertrags zur Lehrkräfteausbildung- und Arbeitszeitsystem anzugehen.

Fazit: Auch als Gewerkschaft müssen wir uns gemeinsam für geordnete strukturelle Reformen im Bildungssystem einsetzen. So unterstützt der Bezirksverband der GEW Hannover beispielsweise den Aufruf der Initiative „Schule muss anders“, der am 23.9.23 zu einem bundesweiten Bildungsprotesttag aufruft. Nur durch entschlossenes Handeln können wir einer chaotischen Implosion, wie Mark Rackles sie befürchtet, entgegenwirken und eine qualitativ hochwertige Bildung für alle erreichen. Lasst uns gemeinsam den Druck auf die politischen Akteure erhöhen, indem wir „Ärger“ machen und öffentliche Aufmerksamkeit schaffen. Nur so können wir die notwendigen Veränderungen im Bildungssystem erreichen und die Zukunft unserer Schüler\*innen und Beschäftigten sichern. Gemeinsam kämpfen wir für eine bessere Bildung!



# // Service

## // BDK des GEW-Bezirksverbandes wählt und diskutiert

Bei den turnusmäßigen Wahlen der Bezirksdelegiertenkonferenz am 25.05.23 wurden Peter Lilje als Vorsitzender und Dr. Jutta Grebe als Schatzmeisterin des GEW-Bezirksverbandes Hannover in ihren Funktionen erneut bestätigt. Als stellvertretende Schatzmeisterin wurde Maike Warnecke neu gewählt, die diese Funktion bereits kommissarisch ausgeübt hatte, seitdem ihr Vorgänger Olaf Korek in Rente gegangen war. Inhaltlich standen mit dem Vortrag von Mark Rackles (s. Bericht) die Arbeitsbedingungen, der Fachkräftemangel und die Krise des Bildungssystems im Vordergrund dieser BDK.

## // Bundesarbeitsgericht: Tarifbeschäftigte Lehrkräfte zu gering bezahlt!

Bereits am 16. Juli 2020 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem mit Rechtsschutz der GEW geführten bundesweit bedeutenden Verfahren entschieden, dass das Land Niedersachsen tarifbeschäftigte Lehrkräfte im Quereinstieg an integrierten Gesamtschulen seit Jahren zu gering bezahlt. Es geht um Lehrkräfte, denen bescheinigt wurde, dass sie die fachlichen Voraussetzungen zum Unterrichten in mindestens einem gymnasialen Schulfach haben. Das Land als Arbeitgeber zeigte sich aber absolut uneinsichtig, das damalige Urteil des BAG für seine Beschäftigten umzusetzen. Am 29. März 2023 (Az.: 4 AZR 236/22 u.a.) hat nun das BAG in drei weiteren Urteilen klargestellt, dass das Land seine Verweigerungshaltung nicht länger aufrechterhalten kann. Alle Betroffenen, die eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 12 gegenüber den jeweiligen Regionalen Landesämtern schriftlich geltend gemacht haben, müssen rückwirkend entschädigt werden. Denjenigen, bei denen dies noch nicht geschehen ist, wird dringend empfohlen, das nachzuholen. Es sollte dabei auch darauf hingewiesen werden, dass Ansprüche für die Zukunft und auch die vergangenen sechs Monate geltend gemacht werden. Betroffen sind auch tarifbeschäftigte Lehrkräfte, die die Lehrbefähigung für das gymnasiale Lehramt haben. Auch hier wurde bei einem Einsatz im Sekundarbereich I von IGS unterstellt, dass sie in der Funktion von Realschullehrern tätig seien und Ihnen deshalb nur Gehalt nach Entgeltgruppe 11 zustehe. Nach der Rechtsprechung des BAG sind sie aber nach Entgeltgruppe 13 zu vergüten. Betroffene Lehrkräfte, die bislang keinen Antrag auf Höhergruppierung gestellt haben, sollten dies unverzüglich nachholen.

## // Alle zurück in die Schule

Mit Erlass des MK vom 24.03.2023 ist der Einsatz von schwangeren Beschäftigten und vulnerablen Personen grundsätzlich wieder möglich. Für schwangere Beschäftigte gilt, dass sie keine FFP2-Maske mehr tragen müssen, wenn der Mindestabstand eingehalten werden kann und die Räume kontinuierlich gelüftet werden können. Sollte dies nicht möglich sein, muss der Schwangeren eine FFP2-Maske von der Schule zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist, dass bei einer Corona-Infektion oder bei einem Verdachtsfall im beruflichen Umfeld für die schwangere Beschäftigte ein Verbot der Präsenztätigkeit für acht Tage bzw. bis zum Abschluss des Verdachts ausgesprochen werden muss. Eine individuelle Gefährdungsbeurteilung für die Schwangeren muss, wie auch schon vor Corona, durchgeführt werden.

Bei den vulnerablen Personen ist es nicht mehr möglich, sich über ein Attest mit Bezug auf das Risiko einer möglichen Corona-Infektion vom Präsenzunterricht freistellen zu lassen.

## // Zusätzliche Anrechnungsstunden für Grundschulen bleiben bestehen, andere Entlastungen nicht in Sicht

Seit März 2021 hat das Kultusministerium insbesondere Grundschulleitungen vier zusätzliche Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt, damit die bis dato ohnehin schon stark belasteten Grundschulen den zusätzlichen Aufgabenstellungen in der Pandemie überhaupt noch gerecht werden konnten. Für die Verstetigung dieser vier Anrechnungsstunden hat sich die GEW sowohl im Kultusministerium als auch in zahlreichen Gesprächen mit Politiker\*innen aller Parteien im besonderen Maße stark gemacht. Mit Erfolg! Das Kultusministerium gewährt die vier zusätzlichen Anrechnungsstunden weiter bis zum 31.07.2027! Die Stunden stehen den Grundschulen zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen in den verschiedensten Arbeitsbereichen zur Verfügung.

Auf die vom damaligen Kultusminister Tonne vor der Pandemie in seinem „Stufenplan“ angekündigten Entlastungen warten Lehrkräfte dagegen noch immer. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehört jedoch für die GEW zu den zentralen Mitteln, angesichts des Fachkräftemangels Nachwuchskräfte für den Schuldienst zu gewinnen und Stunden von Lehrkräften „im System“ halten zu können.

## // Fortsetzung der Finanzierung der Stellen aus dem Corona-Förderprogramm „Startklar in die Zukunft“ für 2023 zugesichert

Am 31. Juli endet die finanzielle Förderung des Programms „Startklar in die Zukunft“ – die in Bildungseinrichtungen dadurch ermöglichten Beschäftigungsverhältnisse sollen aber fortgesetzt werden. Überrascht zeigte sich Ministerin Hamburg gegenüber einem Hinweis der GEW, dass bislang ein entsprechender Erlass aus ihrem Hause noch nicht vorliege. Dies soll nun schnellstmöglich nachgeholt werden. Finanziert werden sollen die Stellen in 2023 durch eine Umschichtung von Haushaltsmitteln. Außerdem ist die Verstetigung der Stellen ab 2024 vorgesehen.

## +++ Termine +++ Termine +++

### Schulungen für Personalräte

Die GEW bietet nach den Sommerferien weitere Grundschulungen für Schulpersonalräte an.

**27.-28.09.23 zum Thema Tarifrecht**

**01.-02.11.23 zum Thema Digitalisierung**

Einladungen zu diesen Schulungen in der HVHS Springe gehen den Schulen rechtzeitig zu. **Voranmeldungen sind möglich unter [gew@gew-hannover.de](mailto:gew@gew-hannover.de)**

### Online-Seminar des Landesausschusses Queer: Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule

Beginn: 25.09.2023 von 16:00 Uhr- 18Uhr, Anmeldung unter [oldenburg@aul-nds.de](mailto:oldenburg@aul-nds.de)

# Bildungsprotest-Tag am 23. September 2023

GEW Bezirk Hannover unterstützt die Initiative von „Schule muss anders“ und ruft mit auf zum bundesweiten Bildungsprotest

## Bildungswende JETZT!

Deutschland steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik! Bundesweit fehlen hunderttausende Kitaplätze. Der Mangel an Lehrkräften und Erzieher\*innen steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfinanziertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist. Die krassen Folgen spüren Schüler\*innen, die Bildungsbeschäftigten in Kita & Schule, die Eltern und die gesamte Gesellschaft.

## Bundesweiter Bildungsprotest am 23.09.

Deswegen ruft die Initiative „Schule muss anders“ zum bundesweiten Bildungsprotesttag am 23.9.23 auf und hat gemeinsam mit Teachers for Future und der Elternvertretung ARGE-SEB

den Appell „Bildungswende JETZT!“ verfasst. Über 100 Bildungsorganisationen, Gewerkschaften und Eltern- und Schüler\*innenvertretungen haben den Appell bereits unterzeichnet. Als Bildungsbetroffene richten sie sich mit vier konkreten Forderungen an Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung, die Regierungschef\*innen die Länder und die Kultusministerkonferenz.

## Schließ dich der Bildungsbewegung an!

Schließ dich der Bildungsbewegung an und mach mit! Wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam laut werden, wird der Bildungsprotest richtig groß werden. Mach mit und schließ dich der Bildungsbewegung an!



## Die vier Forderungen des Bildungsappells „Bildungswende JETZT!“

1. **SONDERVERMÖGEN**  
Bildung und ausreichende Finanzierung
2. **AUSBILDUNGSOFFENSIVE**  
für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen
3. Schule **ZUKUNFTSFÄHIG**  
und **INKLUSIV** machen
4. echter **BILDUNGSGIPFEL**  
auf Augenhöhe

Zur Langfassung des Appells gelangst du hier:



//Berliner Allee 18 ist eine Publikation des GEW-Bezirksverbandes Hannover

V.i.S.d.P.: Peter Lilje

GEW Bezirksverband Hannover  
Berliner Allee 18  
30175 Hannover

Telefon: 0511 662015

E-Mail: gew@gew-hannover.de

